

Weggepreis:
 Sonntag, 1. Febr. 10 Uhr
 bei Spöckung ab 10 Uhr
 Sonntag, 1. Febr. 10 Uhr
 bei 10 Uhr 10 Uhr
 Sonntag, 1. Febr. 10 Uhr
 bei 10 Uhr 10 Uhr
 Sonntag, 1. Febr. 10 Uhr
 bei 10 Uhr 10 Uhr



Anzeigenpreis:
 Die erste Zeile kostet 20 Pf.
 Die zweite Zeile kostet 15 Pf.
 Die dritte Zeile kostet 10 Pf.
 Die vierte Zeile kostet 7 Pf.
 Die fünfte Zeile kostet 5 Pf.
 Die sechste Zeile kostet 3 Pf.
 Die siebte Zeile kostet 2 Pf.
 Die achte Zeile kostet 1 Pf.
 Die neunte Zeile kostet 1 Pf.
 Die zehnte Zeile kostet 1 Pf.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Nationalversammlung unter Militärdictatur!

Weimar befeht und abgeperrt!

Unbeachtet geht vor! Die Regierung Ebert-Scheidemann-Röste hat nicht umiunt die deutsche Nationalversammlung nach Weimar verschleppt! Man müßte sie für Schritt vorgeschoben, um die deutsche Revolution in Weimar zum Gelingen zu bringen. Im stillen Weimar soll eine Verfassung gemacht werden, die eine Republik in ganz siegbringender Form zu Stande bringen würde. Die Vorfälle, die die Ebert-Regierung für eine provisorische Fortleitung macht, dienen nicht zum Gelingen, ganz zu schweigen von sozialistischer Demokratie. Den Reichspräsidenten soll die Nationalversammlung sofort wählen, nicht das Volk. Ueber dem künftigen Reichstage soll ein Staatsrat aus 60 Mitgliedern werden, das die Regierung der Reichspräsidenten! Man bringt also von vornherein die Macht der Volkserhebung — ganz so, wie das früher durch den Reichspräsidenten W. v. D. gescheh. und so weiter.

Um dies und anderes mehr aber unerschrocken durchzuführen zu können, legt man Weimar unter militärische Dictatur und sperrt die Stadt ab! Den Weimarer Soldatenrat drückt man an die Wand, er darf nicht machen. Das konnte die Regierung nur, weil sie die unbeschränkte Kommando-gewalt der Offiziere aufrecht erhält, wodurch realisierte Rote-Garden möglich wurden. Diese realisierten Militärgewalt sind nun einen eifersüchtigen Ring um die Nationalversammlung, der in der Gewalt der Ebert-Scheidemann-Röste-Regierung ist und von ihnen Augenblick weiter und weiter ausgegossen werden kann. Ist das nicht ein Skandal?

Bei der Erklärung der Verlesung der Nationalversammlung hat Herr Landberg betont, es solle von Potsdam nach Weimar gehen — vom preussischen Generalgouverneur zur freien Selbstwahl. Welch ein Schand! Denn jetzt markiert Potsdam nach Weimar, die neu-berufliche Militärgewalt soll die Revolutionsergebnisse erwidern! Was noch weiter auf diesem Wege folgen wird, läßt sich gar nicht absehen. Bei dieser „sozialistischen“ Regierung muß die deutsche Arbeiterklasse auf alles gefaßt sein!

Greunäger und Berliner Politiken!

Am 30. Januar, 30. Januar, wird uns gemeldet: Der Soldatenrat Weimar hatte bis jetzt die Verantwortung für Ruhe und Ordnung übernommen und im Verein mit der städtischen Polizei, die ihm auch unterstellt war, gut durchgeführt. Mithin hat die Nationalversammlung hatte der Soldatenrat von der Reichsregierung verlangt, daß sämtliche Sicherungsmaßnahmen nur mit seinem Einverständnis geschehen sollten. Darauf wurde dem Soldatenrat gefahren von Oberleutnant v. v. Lüder, der hier eingefloren ist und die „Sicherheit der Nationalversammlung“ übertragen bekommen hat, mitgeteilt, daß der Plan schon vollständig fertig sei und andere Parteien bei geringstem Widerstand verlegt werde. Es kam nach Weimar und Umgehend sechs Bataillone vom Greunäger-Korps, außerdem ein großes Aufgebot Berliner Kampfmannschaften. Die letzten Besondere des Weimarer Arbeiter- und Soldatenrats selbst werden schon seit Wochen von Berliner Kriminalpolizisten bewacht.

Wahsperrung!

Alle in die deutsche Nationalversammlung Gewählten haben die Annahme der Wahl erklärt bis auf Eichhorn. Der an ihn gerichtete Brief ist als unbestellbar zurückgekommen. Ohne eine Legitimationskarte oder ohne eine amtliche Einreiseerlaubnis ist das Verlassen des Stadthofs Weimar unmöglich, da die Stadt von der nächsten Woche an für die unberechtigten Besucher abgeperrt ist. Die Eröffnungs-Sitzung beginnt am Donnerstag kommenden Woche 1 Uhr mittags. Die Reichsregierung hat Vorkehrungen getroffen, daß auch für die zu emporstehenden Reichspräsidenten Abgeordneten eine Wohnung und Verpflegung in Weimar herbeigeführt wird. Am Nationaltheater sind 35 Sitze für die überreichlichen Delegationen reserviert. Für die Tagung der deutschen Nationalversammlung sind bis jetzt 32 ausländische Korrespondenten angemeldet, darunter fünf Amerikaner. Die Reichsregierung räumt mit einer dreimonatigen Dauer der Sitzungen. Die Nationalversammlung wird nicht nur die Verfassung des Reiches, sondern auch eine Anzahl von Gesetzen über Sozialisierung und Reichssteuer zu verabschieden haben.

Weitere Meldungen.

Die Ernährungsfrage für die während der Nationalversammlung in Weimar beruflich anwesenden Personen ist inzwischen geregelt, als vom 2. Februar an ein vereinfachtes Kartenstystem eingeführt wird. Die Anwesenden erhalten für die ganze Woche ein Schein, in dem für jeden Tag die Besorgnisse für ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Abendessen enthalten sind. Die Preise für die einzelnen Nahrungsmittel sind in allen Geschäften und Restaurants verbindlich festgesetzt. Alle Eintreffenden haben ihr Brot, Fleisch und Rundermetten mitzubringen. Das gilt auch für die Selbstverpfleger, sowie für die Abgeordneten, Regierungsvertreter usw.

Neue Arbeitsamnestie.

Die Reichsregierung hat die Weimarer Diktatur melken. Man die Reichsregierung der Schaffung eines neuen Arbeitsamnestiegesetzes. Sie habe die künftigen Minister der Einzelminister bezogen auf eine Verfassung nach Berlin eingeladen.

Unter der Klaffen-diktatur des Unternehmertums!

Der Arbeitszwang für Arbeiter.

Wir haben es herrlich weit gebracht in Deutschland! Statt der sozialistischen Republik näher zu kommen, geht die Fahrt mit vollen Segeln der bürgerlich-plutokratischen Republik entgegen. Statt des Friedens haben wir den neuen Krieg im Schilde. Statt der politischen Freiheit die gemaltene Unterdrückung rabulischer Agitationsarbeit mit den Mitteln der Schamhaft und des Belagerungsstaufandes, und nun gar, statt der Befreiung des Proletariats die Unterwerfung unter eine Verordnung, die eine schämerzliche Zwangsmaßregel darstellt, als das berüchtigte Zwangsarbeitsgesetz der Regierung Weimars folgen.

Mit dieser Verordnung, der sich immer noch sozialistisch nennenden Regierung Ebert-Scheidemann, Landberg und Röste, ist die Revolution in Deutschland an einem entscheidenden Punkte angelangt. Es ist für die deutsche Arbeiterklasse ungleich wichtiger, wie sie sich wirtschaftlich dem Unternehmertum gegenüber stellt, als die Frage, welche papiernen Bestimmungen der bürgerlichen Demokratie die Nationalversammlung in Weimar nun in die künftige deutsche Verfassung einarbeiten muß. Besser als durch diese Verordnung kommt es der deutschen Arbeiterklasse nicht vor Augen geführt werden, welche gemaltene Klugheit die proletarische von der bürgerlichen Demokratie trennt, und daß die politische Freiheit unter der Herrschaft des Kapitalismus noch nicht die Befreiung der Arbeiterklasse bedeutet.

Die neue Verordnung der Regierung bedeutet die Einführung des Arbeitszwanges. Wer sich weigert, eine ihm angebotene Arbeit zu übernehmen, sei es nun, weil ihm die Arbeitsbedingungen nicht zuzusagen, sei es, weil ihm ein zu niedriger Lohn geboten wird, dem soll die Straf- und Zwangsmaßnahmen folgen.

Damit wird die Arbeiterkraft der Willkür des Unternehmertums preisgegeben. Denn diese Verordnung bewirkt nicht etwa die Hebung der Arbeitslosigkeit, sie ist vielmehr eine Handbremse für das Unternehmertum, um den Arbeitsmarkt zu regulieren. Die Nationalversammlung hat die Nationalversammlung diese Verordnung zu seinen Gunsten benutzt, beweist ein Beispiel: Eine große Firma in Leipzig (die Germania-Industrie) entläßt ihre Arbeiter, die bisher bei einer Arbeitszeit von 24 Stunden wöchentlich einen Höchsten Lohn von 2,95 Mk. pro Stunde verdienten, um nur die wieder einzustellen, die sich mit einem Höchsten Lohn von 1,75 Mk. pro Stunde bei 24stündiger Arbeitszeit in der Woche zufriedene geben wollen. Diejenigen Arbeiter, die sich diesem Lohnrudre nicht unterwerfen wollten, werden nicht nur auf Pfahle getrieben, sondern die Firma zögert sie obendrein bei dem Rückkehr-Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge wegen Arbeitsverweigerung an und betreibt damit, daß den die Strafe geübten Arbeitern keine Erwerbslosenfürsorge zugesagt wird. Nur die energische Einmischung des Reichstages hat verhindert die einseitige Durchführung dieser Zwangsmaßregel gegen die Arbeiterklasse. Aber in wie vielen Orten Deutschlands kann sich das Unternehmertum ungehindert durch Verletzungen der Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse ein bestimmtes Vorgehen leisten!

Kongress der Soldatenräte.

Die Empörung der Soldatenräte über ihre Ausschaltung, über die von Kommandanten und die Einmischung der Militärpolizei ist allgemein. Der Groß-Berliner Soldatenrat hat ebenfalls darüber wiederholt berichtet, fand aber keine Möglichkeit, den diktorischen Erlaß Röstes und des Kriegeministers rückgängig zu machen. Nun wurde beschlossen, einen Reichskongress der Soldatenräte familiärer Körpers nach Berlin einzuberufen, um endlich mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Der Zentralrat und das Kriegaministerium haben sich, so wird gemeldet, mit der Berufung dieser Konferenz nach Berlin einverstanden erklärt.

Der Volksrat der Großberliner Arbeiter.

Berlin, 29. Januar. Der Volksrat nahm Stellung zu den militärischen Verfügungen des Reichspräsidenten, die die Wahl der Arbeiter in den Reichstagen betreffen. Nach längerer, lebhafter Diskussion wurde eine eingehende Resolution durch folgende erfaßt, welche mit 12 gegen 6 Stimmen Annahme fand:

„Der Volksrat mißbilligt auf das Entschiedenste die militärischen Maßnahmen, die am Sonntag, den 26. Januar, anlässlich der Weichenfeier der Opfer der letzten Kämpfe getroffen worden sind. Er erklärt in dem Aufsatzen von Obenstehenden, den sich in der Zeitung der Arbeiterbewegung, der Berliner Bevölkerung. — Der Volksrat verlangt weiter die baldmöglichste Auflösung der Bürger- und Studentenwehren, wie überhaupt Waffenbesitz aller Zivilpersonen.“

Der Volksrat hat sich wiederholt mit der Zurückhaltung seines Mitgliedes Debbour beschäftigt und Anträge zur Freilassung an die Regierung gerichtet. Debbour ist jetzt dem Reichspräsidenten in der Leber-Gitarre zuhaftet worden. Sein Aufenthalt in diesem ehemaligen Ausbause wurde allseitig bewundert. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

„Der Volksrat fordert auf das Entschiedenste die größtmögliche Beschleunigung des Verfahrens gegen den Mitglied Debbour und verlangt unter allen Umständen während der Zeit seiner Verhaftung eine seinen Willen und seinen Gesundheitszustand entsprechende Behandlung. Soldaten nicht sofortige rechtliche Beihilfe entgegenzusetzen, so wird die sofortige Freilassung Debbours verlangt.“

Der Volksrat stellt außerdem eine Kommission von drei Mitgliedern, die sofort mit der Regierung wegen Freilassung des Mannes Debbour verhandeln soll.

Unter der Klaffen-diktatur des Unternehmertums!

Der Arbeitszwang für Arbeiter.

Wir haben es herrlich weit gebracht in Deutschland! Statt der sozialistischen Republik näher zu kommen, geht die Fahrt mit vollen Segeln der bürgerlich-plutokratischen Republik entgegen. Statt des Friedens haben wir den neuen Krieg im Schilde. Statt der politischen Freiheit die gemaltene Unterdrückung rabulischer Agitationsarbeit mit den Mitteln der Schamhaft und des Belagerungsstaufandes, und nun gar, statt der Befreiung des Proletariats die Unterwerfung unter eine Verordnung, die eine schämerzliche Zwangsmaßregel darstellt, als das berüchtigte Zwangsarbeitsgesetz der Regierung Weimars folgen.

Mit dieser Verordnung, der sich immer noch sozialistisch nennenden Regierung Ebert-Scheidemann, Landberg und Röste, ist die Revolution in Deutschland an einem entscheidenden Punkte angelangt. Es ist für die deutsche Arbeiterklasse ungleich wichtiger, wie sie sich wirtschaftlich dem Unternehmertum gegenüber stellt, als die Frage, welche papiernen Bestimmungen der bürgerlichen Demokratie die Nationalversammlung in Weimar nun in die künftige deutsche Verfassung einarbeiten muß. Besser als durch diese Verordnung kommt es der deutschen Arbeiterklasse nicht vor Augen geführt werden, welche gemaltene Klugheit die proletarische von der bürgerlichen Demokratie trennt, und daß die politische Freiheit unter der Herrschaft des Kapitalismus noch nicht die Befreiung der Arbeiterklasse bedeutet.

Die neue Verordnung der Regierung bedeutet die Einführung des Arbeitszwanges. Wer sich weigert, eine ihm angebotene Arbeit zu übernehmen, sei es nun, weil ihm die Arbeitsbedingungen nicht zuzusagen, sei es, weil ihm ein zu niedriger Lohn geboten wird, dem soll die Straf- und Zwangsmaßnahmen folgen. Damit wird die Arbeiterkraft der Willkür des Unternehmertums preisgegeben. Denn diese Verordnung bewirkt nicht etwa die Hebung der Arbeitslosigkeit, sie ist vielmehr eine Handbremse für das Unternehmertum, um den Arbeitsmarkt zu regulieren. Die Nationalversammlung hat die Nationalversammlung diese Verordnung zu seinen Gunsten benutzt, beweist ein Beispiel: Eine große Firma in Leipzig (die Germania-Industrie) entläßt ihre Arbeiter, die bisher bei einer Arbeitszeit von 24 Stunden wöchentlich einen Höchsten Lohn von 2,95 Mk. pro Stunde verdienten, um nur die wieder einzustellen, die sich mit einem Höchsten Lohn von 1,75 Mk. pro Stunde bei 24stündiger Arbeitszeit in der Woche zufriedene geben wollen. Diejenigen Arbeiter, die sich diesem Lohnrudre nicht unterwerfen wollten, werden nicht nur auf Pfahle getrieben, sondern die Firma zögert sie obendrein bei dem Rückkehr-Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge wegen Arbeitsverweigerung an und betreibt damit, daß den die Strafe geübten Arbeitern keine Erwerbslosenfürsorge zugesagt wird. Nur die energische Einmischung des Reichstages hat verhindert die einseitige Durchführung dieser Zwangsmaßregel gegen die Arbeiterklasse. Aber in wie vielen Orten Deutschlands kann sich das Unternehmertum ungehindert durch Verletzungen der Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse ein bestimmtes Vorgehen leisten!

Diese neue Verordnung ist erlassen worden von der rechtssozialistischen Regierung, die damit das Siegel unter ihre bisherige Tätigkeit gegen die Arbeiterinteressen drückt. Sie stellt die Arbeiterkraft vor eine klare einseitige Entscheidung. Jetzt heißt es offen zu bekennen, was man will: Sozialismus oder nicht. Wer weiterhin eine Regierung unterstellt, die dies neue Zwangsarbeitsgesetz verurteilt, der bestreitet sich gegen den Geist des Sozialismus. Andererseits muß ein jeder, der den Sozialismus will, sich gegen diese Maßregel der „sozialistischen“ Regierung wenden.

Es ist richtig, daß in einem sozialistischen Staate eine allgemeine Arbeitspflicht bestehen muß. Aber muß verpflichtet sein, in einem sozialistischen Staate sein bestes zu leisten zum Wohle der Gesamtheit. Es darf nicht sein, daß eine Klasse durch Gewalt oder durch Hunger zur Arbeit gezwungen wird, während eine Herrenklasse ein arbeitsloses und beuemes Dasein auf Grund der Leistungen der Arbeiterklasse führen kann. Der Arbeitszwang, den jetzt die Regierung Ebert-Scheidemann einführt, hat nichts gemein mit der allgemeinen Arbeitspflicht in einem sozialistischen Staate. Denn diese Verordnung legt nicht die Arbeitspflicht aller fest, sondern sie zwingt mit der Drobung der Hungerpein das arbeitslose Proletariat für Löhne, deren Höhe einzig das Unternehmertum festsetzt, Arbeitskräfte zu schaffen für die, die nicht zur Arbeit gezwungen werden. Die Arbeiterklasse unterliegt einem neuen Zwangsarbeitsgesetz, während die Kapitalisten gesamt und gefaßt werden.

Eine wahrhaft sozialistische Regierung, der es ernst wäre mit der Herbeiführung des Sozialismus, würde sich von vornherein darüber klar sein, daß eine Verpflichtung zur Arbeit nur ausgesprochen werden kann für die Gesamtheit, und daß die notwendige Voraussetzung für die Errichtung einer allgemeinen Arbeitspflicht die Entgegnung der Privatunternehmer, die Sozialisierung der Betriebe sein müßte. Nur so könnte, ohne die Grundfrage des Sozialismus zu verfehlen, eine Arbeitspflicht in Deutschland durchgeführt werden. Allein die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich von vornherein ge-

weilert. Diese Wahn zu brechen. Sie will nicht den Sozialismus, sondern sie will den Kapitalismus dessen Zusammenbruch von Tag zu Tag deutlicher wird, wieder aufbauen. Sie legt der Arbeiterkraft, die es wohl verdient hat, daß ihre schätzbaren Kräfte und die bürgerliche Gesellschaft nicht Maßlosigkeiten und Handgranaten, sondern die rechtschaffenste Durchführung des wirtschaftlichen Kampfes gegen das Unternehmertum, die Staatsgewalt entgegen, um durch sie diese Waffe der Arbeiterkraft zu erschöpfen. Damit aber nimmt sie offen Stellung: Gegen das Klassenbewußte Proletariat für das Unternehmertum.

Wenn die berufliche Arbeiterkraft diesen Versuch der Aneignung nicht mit größtmöglicher Energie entgegentritt, dann ist sie endgültig betrogen um die Früchte der Revolution. Die Entschörungen der Nationalversammlung spielen den sozialen Vergängen gegenüber, die sich jetzt ereignen, keine Rolle. Sie werden entweder nur die geistliche Reflexion des Anlasses sein, der das Ergebnis der jetzigen Kämpfe ist, oder sie werden nur einen matten und kraftlosen Protest der Bourgeoisie gegen den Sozialismus darstellen. Eine andere Bedeutung wird ihnen Verwehrt nicht zukommen.

Die Verwirklichung der Absichten der Regierung Ebert-Scheidemann würde das deutsche Proletariat der Massenbildung des Unternehmertums unterwerfen. Sie würde den Kapitalismus stärken und damit den wirtschaftlichen und politischen Triumph der Bourgeoisie über die Revolution einleiten. Die Arbeiterkraft steht vor einem Entweder - Oder.

Der Feldzug gegen den Osten.

Sindenburg hat den Oberbefehl über die noch im Osten stehenden Truppen übernommen. Die Überleitung des Grenzschutzes wird also durch ihn direkt geleitet. Der Verdacht, daß dieser angelegte Grenzschutz im Grund genommen gegenrevolutionäre Zwecke dienen sollte, wird dadurch beseitigt. Was würde die deutsche bürgerliche Presse schreiben, wenn eine heftige Revolution in Frankreich den Materialschon bewirtschaften würde, das Oberkommando über ein angelegtes Grenzschutz gegen die deutsche Republik aufrehten? Hier, in der Gegend von Köln zu übernehmen. Wie würde sie sich über den Mangel an Solidarität gegenüber der deutschen Revolution und eifrig den Schluß ziehen, daß in Frankreich nur die alten Kräfte am Ruder seien! Wieviel mehr Grund haben aber die Massen und die Revolutionäre in England und Irland, in diesem Sinne die deutsche Republik zu beschuldigen! Wozu der Feldzug im Osten? Etwas um die deutschen Truppen zu betreiben, die immer noch in der Ukraine stehen? Es wäre ein nachlässiges Unternehmen, wenn man diesen Truppen mit Waffengewalt zu Hilfe kommen wollte. Die Tatsache, daß eine deutsche Offensiv gegen Osten zu diesem Zwecke unternommen werden sollte, würde diese Truppen nicht zittern, sondern sie vielmehr die Vermählung anrufen gegen, und noch dazu unzulässige Opfer aus den Reihen fordern, die diese Offensiv gegen Osten führen müßten. Aber die deutschen Truppen werden nicht, bis im Osten zurückgeführt sind, dem Kampf bereuen bringen, daß unterirdisch Verhandlungen eingeleitet werden mit den revolutionären Regierungen im Osten. Es ist bezüglich der im Geist, der die deutsche Regierung befehlt, daß sie statt dessen die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abbrechen hat.

Die sindenburgische Unternehmung im Osten soll unter der Karole Feldzug gegen die Russen und gegen die Polen ausgeführt werden. Was will man nun also von den Russen? Glaubt man etwa, daß sie die Rüstung hätten, in Ostpreußen einzufallen und es zu verüben, wie sie jetzt die Doree des Baren? Oder will man den baltischen Jüdinnen zu Hilfe kommen, die von der sozialen Revolution in Rußland und England Vergeltung für ihre Schandtaten, die sie unter deutscher Schutze gegenüber der eingeborenen Bevölkerung des Landes begangen haben, suchen? Oder denkt man gar an eine gegenrevolutionäre Offensiv gegen Sowjetrußland? Die bisherige Haltung der sozialistischen Regierung legt den Verdacht nahe, daß es sich um derartige Pläne handelt. Daß sie doch die Bildung der baltischen Verbände, jener gegenrevolutionären Gruppe der baltischen Jüdinnen unterstützt, hat sie doch die freiwillige Verbündung für den sogenannten Grenzschutz im Osten, dessen Zweck es sein sollte, den russischen Revolutionären mit Waffengewalt entgegenzutreten, gefördert in jeder Hinsicht. Und nun stellt sie im Osten ein neues Heer auf und stellt Sindenburg an die Spitze, denselben Sindenburg, unter dem der deutsche Eroberungskrieg geführt und das deutsche Volk unter dem Joch der Militärdiktatur gehalten wurde. Ist das etwa als Empfehlung der Entente gegenüber gedacht? Will man seinen alten Willen zeigen, den Volksherrschaft zu bekämpfen, seinen Zeit beizutragen zu der gegenrevolutionären Intervention der Kapitalisten aller Länder in Rußland, und sich dadurch der Entente anzuschließen?

Diese Bildung der sindenburgischen Armee im Osten oder auch dieser Verbände herbeizuführen, die der sogenannten Grenzschutz West gegenüber bestehen, heißt es nicht etwa gerichtet vor gegen die Entente, sondern gegen die deutsche revolutionäre Bevölkerung. Und viel wahrscheinlicher ist es, daß Sindenburg seine neue Armee nicht führt gegen Osten, sondern gegen Weien, gegen die deutsche Arbeiterkraft! Man benutzt doch nicht die politischen Differenzen, um den gegenrevolutionären Charakter der Intervention im Osten zu verhehlen! Ebenso wie es Tatsache ist, daß der Wille der Arbeiterklasse Mehrheit der Bevölkerung in großen Teilen der Provinz Polen den Anschluß an ein selbständiges Polen verlangt, ebenso ist es auch Tatsache, daß eine militärische Operation von deutscher Seite, die heute unternommen wird, die Einseitigkeit der Friedensverträge über die politischen Ansprüche für die Polen gleichgültig beeinflussen kann. Es wäre viel zweckmäßiger, wenn die deutsche Regierung frei von allen nationalitätlichen Animositäten und allen Rücksichten auf die „nationale Ehre“ des deutschen Bürgertums energische Versuche unternommen würde, schon jetzt zu einer freundschaftlichen Verständigung mit den Polen zu gelangen, um so mehr weil auf diesem Weg allein erreicht werden kann, die durch polnische Gebiete stehenden Eisenbahnlinien für den Militärtransport unserer Truppen aus dem Osten dienlich zu machen.

Gegen die Intervention des Heeres im Osten und die Übertragung des Oberbefehls an Sindenburg muß Einspruch erhoben werden. Es kann nur gegenrevolutionäre Zwecke dienen, sei es, daß sie verwendet wird gegen die Revolutionäre im Osten, oder sie verwendet wird gegen die deutsche Arbeiterkraft. Sie wird Deutschland in neue kriegerische Verbindungen ziehen und neue Klümpen fordern, und vor allem wird sie das Vertrauen der Entente erhöhen, die Waffenstillstandsbedingungen aufzuheben und den Abschluß des Friedens zu verzögern.

Wollte Demobilisierung des Heeres, Beilegung der Rechtskraft der Offiziere, schleunigste Entlassung Sindenburgs

das ist die Forderung, die das Klassenbewußte Proletariat den verbündeten Regierung der deutschen Regierung gegenüber mit aller Macht erheben muß.

In Polen haben die Polen sieben Verjahren als Geiseln festgelegt, darunter den Präsidenten der Anstaltbildungskommission und den Landeshaupmann. Das soll die Vergeltungsmäßigkeit gegen die Verhaftung des Polenführers in Ober-Schlesien, Justizrat Gopla sein. Die Kruppen des Grenzschutzabschnittes Bromberg haben im Osten gegen die Polen sieben Tote, 21 Verwundete und 150 Vermisste verloren.

Für Preußens Einheit.

Berlin, 30. Januar. (B. Z. B.) Die preussische Regierung veröffentlicht folgendes: Bereits in unserer Bekanntmachung vom 10. Dezember d. J. ist darauf hingewiesen worden, daß die künftige Staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die deutsche Verfassungsgewende bestimmt werden und daß allen Versuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit Nachdruck entgegenzutreten sei. In diesem Standpunkte hat die preussische Regierung gelegentlich der ständehaftigen Verhandlung über die neue deutsche Reichsverfassung festgehalten. Mit dem Eintritte dieses neuen Verhältnisses haben wir uns erneut der Erwartung ausgedrückt, daß die Verbände allen anderengerichtlichen Bestimmungen nachdrücklich entgegenzutreten werden.

Ergänzung zum Gemeindevahlrecht.

Berlin, 30. Januar. In einer Reichsratsverordnung über das neue Gemeindevahlrecht wird im § 1 folgendes bestimmt: Die in § 11 des Reichswahlgesetzes festgesetzte Frist von 21 Tagen kann vom Wahlvorstand für den Wahlkommissionen das hin abgeändert werden, das spätestens am siebenten Tage vor dem Wahltag die Wahlvorstände einzureichen sind. In Gemeinden unter 20000 Einwohnern kann beschließen werden, daß die Wahlvorstände auch von weniger als 100, aber mindestens 20 in der Gemeinde zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein können. Der Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission hat spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag zur Einreichung von Wahlvorständen durch eine Besondere Mitteilung in dem zur amtlichen Veröffentlichung dienenden Blatte der Gemeinde anzufragen. Die Bekanntmachung hat die im § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 vor geschriebenen Angaben zu enthalten. Der Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission ist berechtigt, in dieser Bekanntmachung die Größe der Stimmzettel sowie ihre sonstige Beschaffenheit abweichend von der Vorschrift des § 24 der Wahlordnung vom 30. November 1918 zu bestimmen.

Wer hintertreibt die Sozialisierung?

Aus Berlin wird über eine Sitzung des Zentralrats gemeldet: Die Sozialisierungs-Kommission erbat sich den Zentralrat zu einer gemeinsamen Sitzung. Es wurde festgestellt, daß die Kommission bereits gegen gewisse Widerstände auszuführen hat, deren Beilegung vom Zentralrat für dringend erachtet wurde. Es ist notwendig, daß das Volk ansehnlich wird, von wem und von welcher Seite die Widerstände ansetzen. Warum hat die Regierung sich nicht für die Sozialisierung entschieden? Weil sie in ihrem tiefsten Wesen die Sozialisierung gar nicht radikal betreiben will, denn sie will das sozialistische Programm nicht verdrängen, das sie in der Regierung zum Herrschen über die Arbeiterklasse braucht.

Schöne Worte, aber kein Sozialismus.

Die Rechtssozialisten haben wieder verkündet, daß sie in der Nationalversammlung mit den Demokraten zusammen ein bürgerlich-demokratisches-parlamentarisches Staatsgebilde erstreben wollen. Zur Veranschaulichung ihrer Absichten haben sie allerdings erklärt, daß auch sozialdemokratische Forderungen verwirklicht werden sollen. Die demokratische Parteipropaganda erklärt, daß zwar die Nationalversammlung die politischen Grundbedingungen der Revolution nicht anzuführen dürfte, aber der Sozialismus dürfte dort seine Hebe sein. Die Korrespondenz sagt darüber: „Aber ob er steht es um die, wie Herr Ebert sich ausdrückt, „Arbeit im sozialistischen Sinne“. Versteht Herr Ebert darunter, daß die Partei, die mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Regierung bilden wird, sozialistische Experimente im Sinne des sozialistischen Programms machen muß, so hat Herr Ebert das Wort der Nationalversammlung wohl nicht ganz richtig verstanden. Jedenfalls empfehlen wir ihm, bevor er wieder zu programmatischen Ausflüchten über den Sozialismus, die ganz klaren Absichten des Wahlvolkes genau zu studieren.“

Die Demokraten dürfen ganz beruhigt sein. Die bisherigen Taten der Herr-Scheidemann haben bewiesen, daß sie nicht daran denken, sozialistische Experimente vorzunehmen, das heißt mehr zu tun, als was über den Gebrauch schöner Worte hinausgeht. Das wenigstens werden die Demokraten den Scheidemann zugestehen müssen, daß sie die sozialen Werte auch bewahren will, die in den Jahren der Herr-Scheidemann während der Abwärtigen Bestimmungen, wenn sie ihnen nicht einmal eine sozialistische Sonntagsreliquie vorzeigen dürfen?

Ugarerfeld.

Berlin, 30. Januar. Der Scheidemann über die Einsetzung von Grundbesitz, der festgestellt und nach demselben beschliffen werden soll, die Einsetzung von Grundbesitz und über die Regelung der Landbesitzfrage sind umfangreiche Verfügungen ergangen, die gesondert besprochen werden müssen.

Die Leide von Rosa Luxemburg

hat man immer noch nicht gefunden. Die Regierung scheint die Untersuchung darüber auch nur langsam und nur zu betreiben. Am 15. März 1919, Rosa Luxemburg ist noch am Leben, sie nur von ihren Freunden gesehen wird. Der Schriftsteller, der Rosa Luxemburg in der Freiheit bestrahlt hat, ist auch unerschütterlich. Rosa Luxemburg ist nicht tot, sondern wird in einer Klinik des Westens gepflegt. Eine Veröffentlichung der Korrespondenz aber nicht erbringen. Diese und ähnliche unzulässige Meldungen sind die Folge der Tatsache, daß man nicht mit dem Scheidemann in den bestialischen Vorhaben Rosa Luxemburg zu bringen.

Die Millionen Wilhelms.

London, 30. Januar. Dem Daily Telegraph wird aus Amsterdam gemeldet, daß die Familie Hohenzollern angeblich zwischen 15 und 20 Millionen Mark in Holland deponiert habe, während die Hohenzollern in der Schweiz deponiert hätten. Das Blatt sagt, es sei gerade erst gegen die betreffenden Völker, daß solche gewaltige Summen in Holland verborgen und dem Velle entzogen wurden. Es wird auch ein Brief veröffentlicht, wonach der Graf von Helldorf im Jahr 1914 ein Depot von 20 Millionen Mark in der Schweiz durch den Fürsten Schaumburg-Lippe hat ausführen lassen.

Die Internationale Sozialisten-Kongress in Bern sagt so.

Die russische Regierung soll bereit sein, mit der Entente auf der Brünner Konferenz zu verhandeln, sie jedoch aber vorher Zurückhaltung der Entente gegenüber zu tun. Eine andere Meldung behauptet, trotz habe in einem Telegramm an die Truppen erklärt, daß das Anwerben der Alliierten ein Zeichen der Schwäche sei. Er fordert die Truppen auf, die Anforderungen zur Wiederherstellung der Welt-Bourgeoisie zu verwerfen.

Ausstellungen aus Sanato.

Die Ausstellungen aller feindlichen Staatsangehörigen beschließen. Über Internierte erhält bei seiner Repatriation 70 Dollar. Die anderen feindlichen der Internierten wird später entschieden. Es gibt 2000 Internierte in Kanada.

In Indien hat einige Streiks ausgebrochen.

In Bombay brechen hunderte von Textilarbeiter, die Arbeiter, die Arbeiter und der Soldaten zu mehreren hundert zusammen. Die ganze Bewegung hängt mit dem Kampfe für Indiens Unabhängigkeit zusammen. Die Arbeiterbewegung soll es werden und macht sie ersten großen Schritte mit Anwendung ihrer wirtschaftlichen Waffen: der Arbeitsunterbrechung. Die Streikenden sind durch Indiens Arbeiter mit großer Freude und Begeisterung begrüßt zu werden.

Aus der Partei.

Ein Antrag ist es in einer Sitzung gekommen.

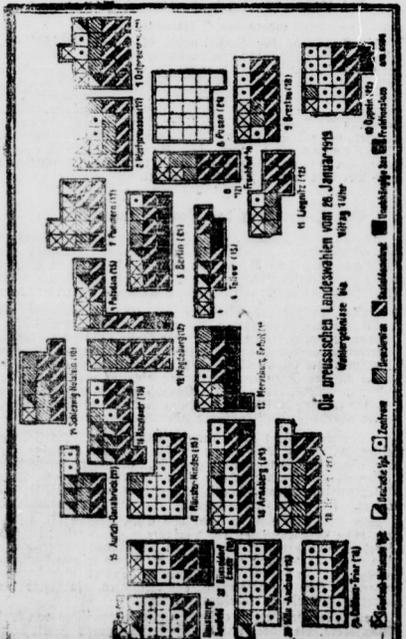
Ein Antrag wurde nach langer Diskussion über einen Antrag abgelehnt, auf dem nationalistischen Arbeiterpartei abzugeben. Herr Kautzmann empfahl den Antrag in lebhafter Weise. Für den Antrag stimmten 380 Mitglieder, gegen den Antrag 806. Die Meinung der Unabhängigen Arbeiter erklärt, daß sie die Parteipolitik annehmbare. Es werden die Absichten der Arbeiter nicht an der Durchführung der Ordnung. Der Bericht der Unabhängigen Arbeiter macht als einmal so viele Mitglieder, als in der Vergangenheit anwesend waren.

Genossenschaftliches.

Verfälschter Bauarbeiterkongress.

Arbeiter als Baukontrolleure. Was die organisierten Bauarbeiter bei Bauarbeiten unzulässig gefördert und was die Bauarbeiter-Bewegung in der Hinsicht in den meisten deutschen Bundesstaaten bedauerlich beeinträchtigt haben: die Anstellung von Baukontrolleuren aus den Arbeiterkreisen, wird uns nun für Bremen insolge der Revolution plötzlich in der Höhe getroffen. Der Staatsummarsch hat sich das unzulässige, daß er die Arbeiterpräsidenten mit an den Polizeipräsidenten in Berlin eine Verfügung erlassen, in der u. a. bestimmt wird: Sobald die Bauämter wieder in verstärkter Weise eingesetzt ist es geboten, daß der Überwachung der Bauten in Bezug auf die Einhaltung der bestehenden Arbeiteraufstellungsbedingungen (Mitarbeiteraufstellungsbedingungen, Kollektivverordnungen über die Arbeiterleistungen) aus Bremen, Berlin, Hannover, etc. eine entsprechende Verfügung zugewendet wird. Es gilt, diesen Verfügungen sofort nachzukommen, daß die zahlreichen Arbeiterleistungen und Kapitalleistungen, die der Staat mit sich gebracht hat, nicht neue durch Unfälle auf Bauten herbeigeführt werden. Dies auf eine Weise, die die Arbeiterleistungen, muß das Ziel sein. Für die Tätigkeit eines Baukontrolleurs aus dem Arbeiterstande würden in einer Linie Bauarbeiter, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können, insbesondere Kriegsbeschädigte, herangezogen sein. Für die Anstellung von Baukontrolleuren in der Bauverwaltung ist die Beteiligung von Genossenschaftlichen Organisationen im Anspruch genommen werden.

Der Grundriss des Organ der Deutschen Bauarbeiterverbände, begründet den Erlaß mit großer Beugung und dem Wert, daß u. a.: Der Erlaß geht in seiner praktischen Wirkung über die ähnlichen Bestimmungen in Bayern hinaus, besonders dadurch, daß er die Anstellung von Baukontrolleuren in dem Gebiet der Bauämter ermöglicht. Er kann infolgedessen vorbildlich für die anderen Gebiete des Reiches sein. Mögen unsere Kollegen in den Bundesstaaten ihr Möglichstes tun, damit sie hinter Bremen nicht zurückbleiben. Durch den Erlaß wird dem Genossenschaftlichen Bauarbeiter die Arbeit erleichtert, die er in der Bauverwaltung als Genossenschaftlichen Organisationen im Anspruch genommen werden.



Konferenz der A. u. S.-Räte des Bezirks Merseburg.

In den Verhandlungen am Mittwoch nachmittags nimmt in der Aussprache zunächst Oester — Braunschwieg das Wort zu folgenden recht interessanten Ausführungen:

Von der Presse wird Braunschwieg als „ein sozialistischer Zeitschrift“ bezeichnet. Wir haben die Revolution aufgeführt als planvolle organisierte Arbeit, bei der keine zufälligen Zusammenstöße gemacht werden dürfen. Mit Verbreitung können wir feststellen, daß wir bisher bei diesem Grundsatze ohne blühende Opfer ausgenommen sind. Eins ist aber festzustellen. Die Arbeiterklasse muß im Besitze der politischen Macht sein, sonst ist es ihr nicht möglich, ihre Forderungen zu verwirklichen. Das deutsche Proletariat hat sie schon wieder verloren, daher der Widerstand der Regierung und die Sozialisten. Wir haben in Braunschwieg vollständig demobilisiert zur Wiederherstellung unserer politischen Macht. Wir haben aus Verletern

eine Volkswacht

gebildet. Wir mußten das tun, um uns die Macht zu sichern, die allein die Sozialisierung ermöglicht. Von Sozialisierern können wir nicht reden, ohne nicht der Kapitalismus beteiligt ist. Alles ist erst der erste schärfere Schritt. Sozialismus müssen wir schon jetzt fest und sicher machen, ehe wir den nächsten versuchen. Von allen Seiten wird uns gedrückt, das „parteiliche Volk“ auszubilden. Es ist notwendig, sich gegen die Gegenrevolution zusammenzuschließen, die schon einen Teil Deutschlands unterworfen hat. Braunschwieg hat auf dem Gebiete der Landwirtschaft keine Größere, aber große staatliche Einkünfte. Auf dem Wege der Vererbung haben wir die Pächter verpflichtet, Teile zurückzugeben und

Siedlungsvereinigungen

gebildet. Der Zweck war, den Kleinanbauern durch Beispiele die Vorteile der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung vor Augen zu führen. Teilweise hatten die Landbesitzer die Land um Zwecke der Bewirtschaftung pachteten, weiter verpachtet und Bürgerkriegszeiten verblieben. Das haben wir ihnen genommen. Land verlaufen wir nicht, auch an Arbeiter nicht. Wo es nicht möglich ist, Siedlungsvereinigungen zu schaffen, verpachten wir es unter günstigen Bedingungen. Wir sind auch dabei, Volksgenossenschaften zu schaffen. Ein Gutteil der Arbeiter haben eine Arbeiter entlassen, weil sie sozialdemokratisch gewählt hatten. Diesen haben wir von seinem Vertrage suspendiert und die Verwaltung des Gutes den Arbeitern übertragen.

Wie weit die ganze Ablösung der Privatwirtschaft möglich sein wird, muß immer die jeweilige Durchführungs ergeben. In allen Betrieben über 30 Arbeiter haben wir Betriebsräte geschaffen, in denen Arbeiter und Angestellte vertreten sind. Ihre Aufgaben sind: Kontrolle über die Verwaltung, die Bestimmung der Arbeitszeit, der Entlohnungen und Entlassungen, sowie die Sicherung der Betriebsmittel und des Betriebes. Auch die Verteilung des Ueberflusses gehört zu den Aufgaben. Dem Unternehmen haben wir den allgemeinen Rufus auszuhandeln und darüber hinaus eine kleine Räteverwaltung. Die Verteilung der Ueberflüsse erfolgt unmittelbar der Allgemeinheit des werktätigen Volkes und nicht nur des Betriebes. Zu den weiteren Aufgaben würde auch die Aufsicht über Herbeiführung der Rohstoffe gehören.

Die Grundlage aller Sozialisierung ist die politische Macht, welche muß aus der Kampferlinie hervorgehen. Wir haben es uns nicht bei den Verhandlungen, wo sie bereits verloren ist, so föhlernd um alle Sozialisierungsabstrebungen. (Sehr anhaltender Beifall.) Der Vorsitzende gibt bekannt, daß vom Zentralrat kein Vertreter kommt; weiter habe auch der Genosse Däumig abgehen müssen. An seiner Stelle hat Genosse Koenen den Vortrat übernommen. Gefolgt wird, daß Sekretär an Anstehen noch folgen zu lassen und dann beide am Donnerstag zur Besprechung zu stellen.

Genosse Koenen führt aus: Genosse Oester hat von dem Thema:

Einrichtung von Betriebsräten

bereits sehr viel vorgenommen. Auch hier ist bei uns der Anfang gemacht: Das Oberhaupt steht unter Kontrolle des Bezirks-Arbeiterrates. Vom Rheinland, wo bereits Erfahrungen gemacht sind, haben wir uns Vorlesungen und darüber hinaus eine kleine Räteverwaltung liegen bei dem Hauptamt; hier Betriebsräte in Verbindung mit A. u. S.-Räte. Wenn Betriebsräte geschaffen, müssen die Arbeiter ihnen auch Folge leisten. Denn diese haben auch für das Instandhalten der Betriebe zu sorgen und deren Verkauf aus, zu verhindern. Das Oberhaupt ist vorläufig fest, in allen Staatsbetrieben durchzuführen und Schrittweise in der Weise zu realisieren, daß er die bestmögliche Sozialisierung möglich bezieht. Wir haben schon gute Erfahrungen gemacht und festgestellt, daß

die Kohnen

feinstens auf die Streit, sondern auf den Mangel an Motivation zurückzuführen ist. Also nicht die Arbeiter sind es, die das Wirtschaftliche untergraben, sondern es handelt sich lediglich um

folgen des ersten Krieges.

Von überall gehen uns Nachrichten zu, aus denen hervorgeht, daß die Produktion allgemein zurückgegangen ist. Der beste Beweis, wie gering die Einrichtung der Betriebsräte auf den Betrieb wirken kann, ist der Fall, in den Wallroten. Dort hatte man sehr Förderung der Arbeiter abgeben im Hinblick auf die zurückgehende Förderung. Es ist festzustellen, daß der Betrieb sich unter Leitung der Betriebsräte bei bester Arbeitszeit renziert und die Förderung um ein beachtliches gesteigert ist. Es ist der schwerste Fehler der Regierung, daß sie nicht wenigstens bei Behörden und in Staatsbetrieben das Beispiel durchzuführen. Bildet der A. u. S.-Räte ist es, nach erfolgter Bekämpfung der von uns vorgeschlagenen Verbesserung im Soldaten in allen Staatsbetrieben durchzuführen. Dieser verdient bei den weiteren über die Wohlfahrt und schließlich mit den Worten: Es gilt den ersten Versuch der Sozialisierung zu wagen und mit allen proletarischen Mitteln durchzuführen.

Darauf erfolgt Vertagung der Sitzung am Donnerstag, 9 Uhr vormittags.

Zweiter Verhandlungstag.

Genosse Oester gibt die Nachricht von dem Tode des Genossen Wehrmann bekannt, worauf sich die Anwesenden zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erheben. Sodann wird beschlossen, vor Eintritt in die Diskussion auch noch das letzte Referat:

Einheitsrepublik oder Kleinrenterei

halten zu lassen, da der an Stelle von Präsident Meppes erscheinende Volkswirtschaftler Oester bereits am Mittwoch wieder abfahren wird. Die Konferenz ist damit einberufen. Genosse Oester tritt auf und

In den Novembertagen, als die Soldaten-Revolution ausbrach, haben die A. u. S.-Räte die politische Macht erobert. Kleinrenten beherrschten teilweise die Meinungen und das große Ganze wurde vielfach außer Acht gelassen. Man hätte sich

fragen müssen, daß die Gegenrevolution versuchen würde, Kräfte zu sammeln, um in irgendeiner Augenblick hervorzutreten. Das hat man nicht beachtet, und die Folgen haben wir jetzt zu fühlen. Ich bin Anhänger der Reichseinheit, wenn diese Reichseinheit eine sozialistische ist. (Großer Beifall.) Wenn es sich darum handelt, die Revolution und ihre Erfolge zu sichern, zerstöre ich die Reichseinheit. Ich bin auch Anhänger eines sozialistischen Arbeiterbundes.

Es handelt sich darum, das Reich auf sozialistischer Grundlage aufzubauen. Die erste Aufgabe ist die Überführung der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter vorzunehmen, wenn sie im Besitze der politischen Macht ist. Es ist betrieblid, daß sich Sozialisten dazu ergeben, die Macht aus den Händen der Arbeiter in die des Bürgertums zu legen. Die Politik Oester — Braunschwieg ist das beschränkende, was ich je auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik erachte. Wir haben in Braunschwieg zur Erhaltung unserer Macht vollständig demobilisiert; Oester bezieht uns, die Jahrgänge 88 und 89 wieder einberufen. In welcher Weise er gegen uns vorgeht, wissen Sie ja aus dem Besitze. Auf Grund unkontrollierbarer Berichte muß die Regierung die Gefahr eines Bürgerkrieges befürchten, denn wir werden uns von Stufe nicht zurückziehen lassen und

die Revolution ist zum härtesten verteidigen.

Alles hat nur den Zweck, den Herren einen Vorwand zu geben, mit ihren Soldaten gegen uns zu marschieren und uns abzuwehren. Selbst vor dem Spitzelwesen und Abhörstationen gehen wir nicht zurück, sondern haben wir die Regierung. Alles steht Kopf und das was wir von der Regierung Scheinern benutzt, bei Gelegenheit in allen sozialistischen Zeitungen die Anfänge der sozialistischen Produktion wieder auszuheben. Sie hat die Anfänge der Gegenrevolution eingeführt und führt sie auch durch. Kommt nun noch die Nationalversammlung mit ihren Anhängern zur Macht, dann haben wir in kurzen

die alten Methoden

wieder. Dieser organisierten Gegenrevolution steht unweigerlich nichts gegenüber. Es scheint, als wenn die Gefahr nicht klar erkannt wird. Der Empathist wird zur Unruhe nicht geneigt, wenn wir nicht unsere Kräfte zusammenschließen. Weislich der Erde liegen die Nachbarn der revolutionären Bewegung günstig, und die Arbeiter müssen zusammen geschlossen werden, die Revolution zu retten.

Freunden fast geteilt werden.

Es sollen Gleichheiten erstrahlt werden. Der Gehalts ist gut. Dem jugend liegt die Auffassung, daß man das alte Freunth immer als Herz der Nation ansieht. Auch bei der Regierung sind nicht wirtschaftliche Gründe maßgebend; ihre Pflicht ist lediglich gegen die proletarischen Arbeiter. Die Arbeiter sind die proletarischen Arbeiter. Bei der Regierung und bei den Sozialisten, die in der Regierung sind, werden die Arbeiter nicht als die Arbeiter angesehen. Das ganze Weltbewußtsein würde auf Grund seiner Struktur ein festes Bollwerk der Revolution. Wenn der Gehalts des sozialistischen Staatensystems befristet würde, wäre

die Nationalversammlung erledigt.

Die politischen Kräfte sind da, auf Grund der A. u. S.-Räte; die wirtschaftlichen Kräfte sind auch vorhanden. Es bedarf nur der Entschlossenheit des Volkes, um alles zur Durchführung innerhalb 3 Tagen zu ermöglichen. (Sehr richtig!) Nicht Nationalismus, sondern Sozialismus ist die proletarische Forderung. Auf dieser Grundlage bin ich für

die sozialistische Reichseinheit.

Schließen sich die Arbeiter an, so können sie es tun. Wir würden die Mehrheit des Reiches hinter uns haben. Die Versöhnung würde auch die beste Macht gegen Oester — Braunschwieg sein. Man muß nur die sozialen Kapitalisten und sozialistischen Deutschland, und da haben wir

die Mehrheit des Reiches

hinter uns. Die Sozialisierung kann nur das Werk der Arbeiter, nicht aber der Regierung sein. Sozialismus ist Erziehung, Betriebsräte, Industrie usw. in planmäßiger, organisierter Arbeit und dahinter die politische Macht in den Händen der A. u. S.-Räte. Und S.-Räte als Exekutivbehörden und politische Parteien in Staat und Gemeinde tätig müssen alle Werke geben und für deren Annahme sorgen. Gemeindevorstellungen und Landesparlamenten sollen bestehen bleiben als vorläufige Behörden, aber nur als Organe unter den A. u. S.-Räten. (Großer Beifall.)

Genosse Schönlank bringt eine Entschließung ein und erklärt dazu: Die weitere Arbeit ist umfänglich. Wir müssen uns nicht scheuen, die Reden anzuhören. Wir leben in einer unheimlichen, gefährlichen Lage. Die Revolution, sondern nicht verfehlen, unsere Leute überall hinwegzuführen und alle Mütter zu töten.

Normann — Wehrens berichtet, daß bei am gestrigen Abend verarmt: gewählten Vertreter des Soldatenrats der Arbeit, daß

Nichtlinien für Soldatenräte

nur das Werk einer neuen Reichskonferenz sein könnten. Weiter sei von dem Anstich, daß der jetzige Zentralrat antwortlich ist, und daß man dem Arbeiterministerium beigeordnet aus den Reihen der Soldatenräte ausmüß.

Wir haben das Thema diskutiert, weil wir nicht ohne Interesse mit diesen Grundbissen einverstanden sind. Die Schritte von rechts und links in der Arbeiterarbeit berühren sich in dem Gedanken des Führerabstimmens. Wir treten ein für eine einheitliche sozialistische Republik Deutschlands.

Der Gehalts, in einem Bezirk die Möglichkeit der sozialistischen Republik zu haben, ohne Rücksicht darauf, was einzuhalten geschieht, ist nicht durchführbar. Eine Sozialisierung, wie wir sie fordern, kann nicht zurückgewiesen werden. Sozialismus bekommen wir durch beratige Dinge nicht; der Sozialismus kann uns nur werden, wenn

die Volkswirtschaft

folgt. Was dem 4. A. u. S. ist der Ansicht, daß die Zusammenfassung eines Ratesorgans heute eine andere sein würde, da die Regierung die Soldaten durch die Vererbung, über die Kommandogewalt wieder aufrechtzettelte. Sei die Nationalversammlung gegen das Nationalrecht, so werde eine neue Revolution folgen.

Genosse Koenen erklärt sich ebenfalls mit Koenen nicht einverstanden. Auch Oester bezieht sich zu der Einheit. Wenn man die Standpunkt einnimmt, die Revolution sei zu Ende, dann müsse man ja wieder von vorn anfangen. Damit sei aber auch das Grab geschlossen für A. S. getreten so prächtig dargelegten Ideen über die Sozialisierung.

Berschiedene Redner wenden sich noch gegen die Ausführungen Koenens, ohne jedoch neue Gesichtspunkte anzuhören, und es erhalten dann Koenen und Oester das Gehörwort. Koenen erklärt, daß selbstverständlich die Macht der A. u. S.-Räte erhalten bleiben müßte. Hier handelt es sich aber um das Beispiel: Einheitsrepublik oder Kleinrenterei. Weiter führte er aus, daß die Arbeiter in allen Staatsbetrieben durchzuführen oder Kräfte notwendig. Wenn es feststeht, daß die Arbeiter gegen die Kräfte gegen uns sind, können wir keine Kräfte unserer Tätigkeit erwarten. Allerdings ist durch die Verhängnisse eine Realisierung im Blick. Der Zusammenhang der

radikalen Elemente wird aber nicht auf dem Wege der Realisierung erfolgen. Eine planmäßige

Vorbereitung des Generalstreiks

muß unsere Lösung sein. Oester lost Johann in seinem Schlußwort: Der gestern vorgetragene Sozialisierungsplan ist ausgearbeitet, er wird aber nicht verwirklicht, wenn wir nicht im Besitze der politischen Macht sind. Bis wir den Generalstreik organisiert haben, werden wir gar nicht mehr in der Lage sein, zu organisieren. Wird die Volkswirtschaft kommen, wenn die deutsche Revolution ist? Koenen steht noch auf dem Boden der alten Demokratie. Die Träger der Revolution sind die revolutionären A. u. S.-Räte, das sind große Zahlen, als in den Stimmen der unabhängigen Sozialdemokratie zum Ausdruck kommen. Der von mir geleitete Zusammenschluß wird den Bürgerkrieg verhindern, der jetzt im Zustand mit ihm hervor, weil die Revolution glaubt, um im einzelnen besser abzumachen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wenn wir die politische Macht aus der Hand geben, vernichten wir das Werk der Revolution.

Von Oester wird eine Entschließung eingebracht, die in Verbindung mit der von Oester einbrachten einstimmig angenommen wird. Der Vordruck wird beantragt, beide zu einer Zusammenfassung und sie der Tagung dann vorzulegen.

(Schluß des Berichtes folgt morgen.)

Halle und Saalkreis.

Halle, den 31. Januar 1919.

Sozialdemokratischer Verein für Halle u. d. Saalkreis (A. S. P. D.).

Parteigenossen! Es macht sich eine außerordentliche Kreis-Generalsammlung nötig. Der Kreisvorstand beruft sie in den Volkspark nach Halle, Burgstraße 27, ein, am

Donntag, den 9. Februar, vormittags 9 Uhr.

Als vorläufige Tagesordnung ist folgende:

- 1. Der Ausgang der Wahlen.
- 2. Stellungnahme zum Parteitag der A. S. P. D. und Wahl der Delegierten.
- 3. Die bevorstehenden Gemeindevahlen.
- 4. Anträge.

Die Referenten werden noch bestimmt.

Die Genossen werden unter Hinweis auf das Statut (§ 11) zur Stellungnahme und Wahl der Delegierten aufgefordert. Auf je 75 Mitglieder ist in den Distrikten ein Delegierter zu wählen. Die Distrikte in der Stadt Halle wählen allgemein am Dienstag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in den ihnen bekannten Lokalen.

Alle Distrikte müssen vertreten sein.

Der Vorstand, J. A. Ad. U. B.recht, Vorsitzender.

Um die Zukunft des Stadttheaters.

Das Stadttheater hat in den letzten Kriegsjahren über 1000 Leberflüsse erzielt, die im vorletzten Jahre über 900000 Mark, im letzten noch mehr ausmachten. Diese Leberflüsse werden laut Vertrag zwischen dem Pächter, Herrn Theaterdirektor Sasse und der Stadt geteilt. Der Pächter erhält zunächst 150000 Mark, und die übrige Summe geht zu gleichen Teilen an Pächter und Verpächter. Die Stadt erhielt also von den 101000 Ueberflüssen des vorletzten Jahres 430000 Mark, von letzten eine noch höhere Summe. Freilich heißt zugleich die Stadt kein Geld und 200000 Mark jährlichen Ueberflusses verzeichnen. Das ist eine Ausgabe für die Stadt, die die Stadt von der Größe und Bedeutung Halle unbedingt leisten muß und auch tragen kann. Der Laie des Ueberflusses in den Kriegsjahren stand aber die geringe und teilweise fehlende Bezahlung der Künstler und Angestellten gegenüber. Dem ist durch die Beschlässe im letzten Frühjahr schon in etwas abgeholfen worden. Nun aber treten die Darsteller und Angestellten, die in vier Verbänden selbst organisiert sind, mit der Forderung empfindlicher Regelung der Verhältnisse hervor. Sie haben eine Reihe von Wünschen an den Direktor, als dem Pächter des Stadttheaters gerichtet, die Herr Sasse zu erfüllen bereit ist. Da aber dadurch die Mehrausgaben etwa 100000 Mark für die laufende Spielzeit bis 1. Mai betragen würden, müßten Direktor und Sasse bei den vorstehenden Ueberflüssen verzeichnen. Herr Sasse ist auch bereit, hierfür die Stadt ein Entkommen von 150000 Mark, die Spielzeit garantieren zu lassen. Die Stadtverwaltung stimmt der Gehaltserhöhung des Personals zu. Das Theaterpersonal fordert aber neben der Gehaltserhöhung auch Ueberflüsse ganzjähriger Verdrie, während bisher nur für 7 oder 8 Monate abgeholfen wurde — und die Künstler die Sommermonate drohen waren. Diese Forderung ist berechtigt und kann nicht mehr abgewiesen werden. Sie würde für das neue Spieljahr vom 1. Mai 1919 bis 1. Mai 1920 eine weitere Steigerung der Ausgaben um mehr als 100000 Mark notwendig machen — und das lehnt der Pächter ab. Er gibt die Berechtigung der Forderung zu, lehnt aber ihre Durchführung ab. Auf den gleichen Boden stellt sich die Mehrheit des Haushaltsausschusses, so daß keinerlei Aussicht für die Herabnahme in einem Verwaltungsverfahren besteht. Die Theaterleiter spielen voll, müssen jetzt die Verteilung des Ueberflusses werden. Das Personal hat ein Entschlossen, das ganze Jahr beschäftigt zu werden. Die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen (eventuell durch Erhöhung der Eintrittspreise usw.) weigert sich die Stadtverwaltung — also ist die Zukunft des Theaters zunächst ganz in die Hände des Pächters, des Direktors Sasse gelegt.

Das ist ein Zustand, der der Stadt und der Sache nicht angemessen ist. Die Dinge haben sich so angelegt, daß eine sachliche Lösung nur durch Uebernahme des Stadttheaters in städtische Verwaltung ermöglicht werden kann. Ein sozialdemokratischer Vorschlag, den Pächter und den Haushaltsausschuss in die Herabnahme in einem Verwaltungsverfahren, fand nicht die Mehrheit im Haushaltsausschuss des Stadttheaters. Aber ein anderer Weg dürfte kaum mehr möglich sein. Die Stadtverordnetenversammlung hat am Montag in der Stadttheaterfrage zu entscheiden.

Lehrerinnen und Einheitsfächer.

Der Hallische Lehrerinnenverein und die Ortsgruppe des Landesvereins der Lehrerinnenvereine Halle sind im Besonderen um eingehende Verhandlungen über die Einheitsfächer zu folgender Beschlusfassung:

1. Wir fordern die organisch angelegte nationale Einheitsfächer, die einen einheitlichen Lehrplan zur notwendigen Voraussetzung hat und in der jede Trennung nach sozialen Unterschieden beseitigt ist.



